

Auskünfte an die Presse (Presserichtlinien)

AV der Behörde für Justiz und Verbraucherschutz Nr. 39/2025 vom 15.05.2025 (Az.1271/1)

Auf Grund von § 46 Abs. 3 Satz 2 des Hamburgischen Beamtengesetzes in Verbindung mit § 8 Abs. 1 des Hamburgischen Richtergesetzes und § 106 der Gewerbeordnung wird bestimmt:

1. Aufgaben und Ziele

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie offizielle Kommunikation in sozialen Netzwerken sollen das Verständnis für die Tätigkeit von Verwaltung, Gerichten und Staatsanwaltschaften sowie das Vertrauen in die Rechtspflege und in das Verwaltungshandeln fördern. Sie werden im Rahmen der Auskunftspflicht nach § 4 Absatz 1 des Hamburgischen Pressegesetzes (HmbPresseG) sowie aktiver Informationspolitik geleistet. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie offizielle Kommunikation in sozialen Netzwerken haben das Ansehen des Staates und seiner Einrichtungen zu wahren.

2. Allgemeine Befugnis zur Erteilung von Auskünften an die Presse und zur Kommunikation in sozialen Netzwerken

Zur Erteilung von Auskünften an die Presse und zur offiziellen Kommunikation in sozialen Netzwerken sind befugt:

2.1. für die Behörde für Justiz und Verbraucherschutz einschließlich der Gerichte und Staatsanwaltschaften

- die Staatsrätin oder der Staatsrat der Behörde für Justiz und Verbraucherschutz
- die Leiterin oder der Leiter der Pressestelle der Behörde für Justiz und Verbraucherschutz

2.2. für die ordentlichen Gerichte

- die Präsidentin oder der Präsident des Hanseatischen Oberlandesgerichtes

2.3. für die Arbeitsgerichte

- die Präsidentin oder der Präsident des Landesarbeitsgerichts

2.4. für das Finanzgericht

- die Präsidentin oder der Präsident des Finanzgerichts

2.5. für die Sozialgerichte

- die Präsidentin oder der Präsident des Landessozialgerichts

2.6. für die Verwaltungsgerichte

- die Präsidentin oder der Präsident des Hamburgischen Obergerichts

2.7. für die Staatsanwaltschaften

- die Generalstaatsanwältin oder der Generalstaatsanwalt

3. Genehmigung von Bild- und Tonaufnahmen

Das Recht, Auskünfte an die Presse zu erteilen, schließt die Befugnis ein, im Zusammenhang mit der Auskunftserteilung stehende Bild- und Tonaufnahmen zu genehmigen.

4. Ermächtigung zur Auskunftserteilung und bzw. oder zur offiziellen Kommunikation in sozialen Netzwerken

4.1. Die unter 2. genannten Personen können ihre ständigen Vertreterinnen und Vertreter, ihre Pressesprecherinnen und Pressesprecher sowie bei gebotenem Anlass auch andere Beschäftigte zur Auskunftserteilung und bzw. oder zur offiziellen Kommunikation in sozialen Netzwerken ermächtigen.

4.2. Die unter 2. genannten Personen können ihre ständigen Vertreterinnen und Vertreter sowie ihre Pressesprecherinnen und Pressesprecher ermächtigen, bei gebotenem Anlass auch andere Beschäftigte zur Auskunftserteilung und bzw. oder zur offiziellen Kommunikation in sozialen Netzwerken zu berechtigen.

5. Schriftliche Pressemitteilungen

5.1. Schriftliche Pressemitteilungen der Behörde für Justiz und Verbraucherschutz, die für sämtliche Presseorgane bestimmt sind, werden in der Regel über die Pressestelle des Senats versandt. Schriftliche Pressemitteilungen der Gerichte und Staatsanwaltschaften werden in der Regel von diesen selbst versandt; die Entscheidung über eine gegebenenfalls zusätzliche oder ausschließliche Versendung über die Pressestelle des Senats obliegt den unter 2. Genannten und nach 4. ermächtigten Personen.

5.2. Die Entscheidung über eine Veröffentlichung der schriftlichen Pressemitteilungen auf den Internetseiten der Behörde für Justiz und Verbraucherschutz sowie der Gerichte und der Staatsanwaltschaften obliegt den unter 2. Genannten und nach 4. ermächtigten Personen für ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereich.

5.3. Schriftliche Mitteilungen an einzelne Presseorgane werden unmittelbar an diese übersandt.

6. Befreiung vom Dienstweg

Personen, die Auskünfte an die Presse erteilen, sind mit Rücksicht auf die besondere Eilbedürftigkeit aller Pressesachen von der Einhaltung des Dienstweges befreit.

7. Unterstützungspflichten

Alle Beschäftigten im Geschäftsbereich der Behörde für Justiz und Verbraucherschutz haben die zur Erteilung von Auskünften an die Presse berechtigten Personen zu unterstützen, insbesondere durch Weitergabe aller erbetener Informationen, soweit keine gesetzlichen Bestimmungen entgegenstehen. Sie haben die allgemein Auskunftsberechtigten zu informieren, wenn an sie Auskunfts- oder Interviewwünsche herangetragen werden, die im Zusammenhang mit ihren dienstlichen Angelegenheiten stehen.

8. Anforderungen an die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

8.1. Einzelne Medien, Journalistinnen oder Journalisten sind weder zu bevorzugen noch zu benachteiligen. Eine Bevorzugung oder Benachteiligung liegt nicht vor, wenn Auskünfte aufgrund einer Einzelrecherche erteilt werden.

8.2. Presseanfragen sind möglichst zeitnah zu beantworten.

8.3. Die Öffentlichkeit ist sachlich und umfassend über Verfahren und Ereignisse zu informieren, bei denen ein Interesse der Öffentlichkeit zu vermuten ist oder geweckt werden sollte.

8.4. Die Pressestelle der Hamburger Staatsanwaltschaften stellt der Presse regelmäßig Terminlisten mit den Anfangsterminen von Hauptverhandlungen in Strafsachen zur Verfügung, die für eine Berichterstattung interessant sein könnten. Namen sind abzukürzen; Tatort, Tatvorwurf, Alter und Nationalität der Beschuldigten dürfen genannt werden.

8.5. Das Interesse der Öffentlichkeit an freier und umfassender Information einerseits und das Persönlichkeitsrecht, das Recht auf informationelle Selbstbestimmung betroffener Personen, der Grundsatz der Unschuldsvermutung sowie die Gewährleistung eines justizförmigen, fairen Verfahrens andererseits sind zu beachten und gegeneinander abzuwägen. Dabei werden insbesondere die Interessen und Rechte der Opfer von Straftaten und ihr Anspruch auf staatlichen Schutz berücksichtigt.

8.6. Auskünfte können verweigert werden, soweit hierdurch die sachgemäße Durchführung eines schwebenden Gerichtsverfahrens, Bußgeldverfahrens oder Disziplinarverfahrens beeinträchtigt oder gefährdet werden könnte, Vorschriften über die Geheimhaltung oder die Amtsverschwiegenheit entgegenstehen oder sonst ein überwiegendes öffentliches oder schutzwürdiges privates Interesse verletzt würde. Dies gilt auch im Hinblick auf die Beeinträchtigung oder Gefährdung laufender staatsanwaltschaftlicher Ermittlungsverfahren.

8.7. Wenn Auskünfte verweigert werden, ist dies den Journalistinnen und Journalisten zu erläutern, soweit der Grund der Auskunftsverweigerung dem nicht entgegensteht.

8.8. Falls wegen der Verbreitung unwahrer Tatsachen in den Medien eine Gegendarstellung durch Gerichte oder Staatsanwaltschaften geboten erscheint, ist diese zur Prüfung und Unterstützung etwaiger Schritte mit der Behörde für Justiz und Verbraucherschutz abzustimmen.

8.9. Gerichte dürfen Pressemitteilungen über ergangene Entscheidungen in der Regel erst dann verbreiten, wenn anzunehmen ist, dass die Entscheidung den Prozessbeteiligten zugegangen oder in anderer Weise bekannt geworden ist. Wenn die Staatsanwaltschaft beabsichtigt, die Presse von der Erhebung der öffentlichen Klage zu unterrichten, erfolgt dies in der Regel erst nach deren Zustellung.

8.10. Schriftliche Pressemitteilungen sind den hiervon Betroffenen, insbesondere Opfern von Straftaten, Parteien, Beteiligten und Beschuldigten bzw. Angeklagten sowie Prozessbevollmächtigten auf Wunsch zur Kenntnis zu geben.

9. Organisation der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

9.1. Die Namen der Personen, die nach Nummer 4.1. allgemein - insbesondere als Pressesprecherinnen oder Pressesprecher - zur Erteilung von Auskünften an die Presse ermächtigt werden, sind der Behörde für Justiz und Verbraucherschutz mitzuteilen.

9.2. Der Pressestelle des Senats sind die Namen und Telefonnummern der Personen mitzuteilen, die der Presse für Auskünfte regelmäßig zur Verfügung stehen.

9.3. Es ist dafür Sorge zu tragen, dass die Personen, die der Öffentlichkeit als auskunftsberechtigt benannt werden, während der Dienstzeiten erreichbar sind. Die als Auskunftsberechtigte genannten Personen müssen auch außerhalb der Dienstzeiten erreichbar sein, soweit hierfür Bedarf besteht.

9.4. Soweit Presseangelegenheiten gleichzeitig Belange der Gerichte, der Staatsanwaltschaften oder der Behörde für Justiz und Verbraucherschutz berühren, erfolgt deren Bearbeitung im gegenseitigen Einvernehmen.

9.5. Vor Erteilung von Auskünften oder Mitteilungen an die Presse ist bei Angelegenheiten, die für die Justiz von besonderer Bedeutung sind, insbesondere bei Justizangelegenheiten, die erkennbar parlamentarische oder sonstige politische Gremien beschäftigen werden, unverzüglich die Pressestelle der Behörde für Justiz und Verbraucherschutz zu informieren.

9.6. Die Behörde für Justiz und Verbraucherschutz bleibt berechtigt, in Fällen von besonderer Bedeutung die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit selbst zu übernehmen und sie ausschließlich auszuüben. Dies gilt dann, wenn Vorgänge geeignet sind, ein über das übliche Maß weit hinausgehendes öffentliches Interesse zu wecken und die Öffentlichkeit das Vertrauen in das Behördenhandeln oder in die Leitung der Behörde für Justiz und Verbraucherschutz zu verlieren droht.

10. Berichtswesen

Es ist der Pressestelle der Behörde für Justiz und Verbraucherschutz jeweils zeitnah über aufgetretene Schwierigkeiten sowie über Planungen zur Erweiterung einer aktiven Öffentlichkeitsarbeit zu berichten.

11. Schlussbestimmung

Die Allgemeine Verfügung der Behörde für Justiz und Verbraucherschutz Nr. 4/2024 vom 29. Februar 2024 (HmbJVBl Seite 56) wird aufgehoben.
